

Handreichung: Rechtsextremismus und Rechtspopulismus

Der Begriff *Rechtsextremismus* hat sich in den vergangenen Jahren gegenüber Termini wie „extreme Rechte“, „Neonazismus“, „Faschismus“, „Rechtsradikalismus“ u. a. im alltäglichen und wissenschaftlichen Sprachgebrauch durchgesetzt. Er wird in diesem Text als ein kritischer Arbeitsbegriff genutzt, wohlwissend, dass er unscharf und unzureichend ist, da er gerade die *Grauzone* zwischen manifesten extrem rechten Einstellungen und Handlungen sowie latenten rassistischen Haltungen in der sog. Mitte der Gesellschaft systematisch ausblendet.

Zu den ideologischen Kernelementen des Rechtsextremismus (in Deutschland) zählen:

- Rassismus,
- Antisemitismus,
- Sexismus
- Nationalismus/Chauvinismus,
- Autoritarismus,
- Militarismus und die
- Verharmlosung, Leugnung oder gar die Legitimation der Shoah.

1

Diese (ideologischen) Einstellungen bilden in der Regel eine Voraussetzung für Verhaltensweisen und sind deutlich verbreiteter als entsprechend motivierte Handlungen. Zu extrem rechten Handlungen zählen u. a.:

- das Wählen extrem rechter Parteien,
- die Teilnahme an Aufmärschen,
- das öffentliche Zeigen (verbotener) rechtsextremer Zeichen und Codes,
- die Mitgliedschaft in entsprechenden Parteien, Kameradschaften und Cliquen,
- Angriffe auf Moscheen, Synagogen und Friedhofsschändungen,
- Gewalt und Terror gegen Muslim*innen, jüdische Menschen, Rom*nja, Sinti*zze, Geflüchtete, Asylsuchende, politische Gegner*innen, queere Personen oder Wohnungslose.

Die Studie „Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft“ der Universität Leipzig zeigt für die Jahre 2002 – 2018 einen langsamen Rückgang von „Befragten mit geschlossen rechtsextremem Weltbild“.

Zu Beginn der Erhebungen im Jahr 2002 wiesen demnach noch 9,7 % (Ost: 8,1 %, West: 11,3 %) der Befragten derartige Einstellungsmuster auf, 2018 lag die Zahl bei 6 % (Ost: 8,5 %, West: 5,4 %).

Traditionell rechtsextreme Parteien wie die NPD und die *Republikaner* haben in den vergangenen Jahren stark an Einfluss verloren. Vor allem die Konkurrenz zur AfD hat sie in die Bedeutungslosigkeit getrieben. Parteien wie *Die Freiheit* und *Pro Deutschland* haben sich aufgelöst und zur Unterstützung der AfD aufgerufen. Kleine rechtsextreme Parteien wie *Die Rechte* und *Der III. Weg* finden teilweise noch Unterstützung durch extrem rechte Kameradschaften und Neonazis.

Jugendlicher Rechtsextremismus

Mit der deutlichen Zuwendung Jugendlicher und junger Erwachsener zu teilweise losen rechtsextremen Cliquen, aber auch zu Kameradschaften und in geringerem Maße auch zu extrem rechten Parteien zu Beginn der 1990er Jahre setzte auch die wissenschaftliche Erforschung dieses Phänomens ein. Die verschiedenen Erklärungsansätze wurden teilweise heftig diskutiert und kritisiert; sie sind so unterschiedlich wie die Beweggründe Jugendlicher und junger Erwachsener, sich dem extrem rechten Milieu zuzuwenden. Eins darf jedoch bei all diesen Erklärungsansätzen nicht vergessen werden: Jugendliche und junge Erwachsene sind keine willenslosen „Opfer der Verhältnisse“.

2

Es ist *ihre Entscheidung*, sich diesen Szenen anzunähern, in ihnen aktiv zu werden, ihre Ideologie zu verbreiten und entsprechend zu handeln. Sie sind *verantwortlich* für das, was sie an ideologischen Fragmenten übernehmen und mit ihrer Gewalt anrichten. Die *wenigsten* Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die „aus schwierigen Elternhäusern kommen“, Gewalt ertragen mussten oder wenige berufliche und damit ökonomische Perspektiven haben, werden rechtsextrem oder gewalttätig! Umso länger Jugendliche in eine rechte Clique oder Kameradschaft eingebunden sind, desto mehr werden sie rechtsextreme ideologische Einstellungen übernehmen. Ohne diese ideologische Anpassung ist ein Verbleiben in einer solchen Szene nicht denkbar. Zugleich aber gibt es die Möglichkeit, sich aus der Gewalt herauszuhalten.

Interviews mit und Biographien von rechten Jugendlichen und jungen Erwachsenen zeigen, dass die szenetypische Gewaltlegitimation entsprechend affine Jugendliche für sich einnimmt. Es ist diese Gewaltaffinität, die sie in den Bann der Szene zieht, nicht so sehr die Ideologie. Aber ebenso gibt es Jugendliche und junge Erwachsene, die sich nicht aktiv an Gewalttaten beteiligen wollen, die vielmehr als „Schreibtischtäter“ ihren Platz finden, sei es bei der Mobilisierung von Aufmärschen, bei Schulungen etc. Nicht jede*r rechtsextreme Jugendliche/junge Erwachsene ist selbst gewalttätig, aber zumindest die Akzeptanz von Gewalt muss vorhanden sein, um in diesen Szenen verbleiben zu können.

Eine Pädagogik oder eine Politik, die dies ausblendet und ex-trem rechte Einstellungen und Handlungen als jugendkulturelles Phänomen verharmlost, das sich „auswächst“, geht Hand in Hand mit der Diagnose, dass es in Deutschland keinen rechtsextremen Terror gebe.

Auf dem rechten Auge blind?

Diese Ausblendung führte u. a. dazu, die terroristische Gewalt des „Nationalsozialistische Untergrundes“ (NSU) systematisch zu übersehen. Stattdessen gingen Polizeibehörden und Verfassungsschutzämter den eigenen Ressentiments gegenüber migrantischen Communities nach und suchten die Täter*innen im Umfeld der Opfer. Nach der Beendigung der Arbeit des Bundestagsuntersuchungsausschusses zum NSU sprach der Vorsitzende des Ausschusses, Sebastian Edathy (SPD), von einem „historisch beispiellosen Behördenversagen“. Die Kritik bezog sich auf Verfassungsschutz und Polizei, aber auch politisch Verantwortliche durften sich angesprochen fühlen. „Beispielloses Behördenversagen“ im Kontext rechtsextremen Terrors, Eltern oder Großeltern, die den NS, die Shoah oder den Krieg verharmlosen oder gar legitimieren, Erzieher*innen und Lehrer*innen, die menschenverachtende Äußerungen nicht widersprechen, extrem rechte Kader, die die Jugendlichen anzusprechen und einzubinden wissen, gesellschaftliche Diskurse in den Medien, der Politik oder im Familienkreis, durch die Geflüchtete, Migrant*innen und People of Color diskreditiert und diskriminiert werden – angesichts der Bedeutung, die Erwachsenen bei der Herausbildung menschenverachtender, rassistischer und rechtsextremer Einstellungen zukommt, wird deutlich, dass Bundesprogramme und Projekte, die auf Veränderungsprozesse bei jugendlichen Rechtsextremen abzielen, eine Verkürzung der Problembearbeitung darstellen. Es kommt der Verdacht auf, dass einmal mehr Jugendarbeit und Pädagogik zur Lösung von gesamtgesellschaftlichen Problemlagen herhalten müssen.

3

Rechtspopulismus

(Auch) Rechtspopulismus ist für Deutschland kein neues Phänomen. Die Einstellungsstudien „Deutsche Zustände“ vom *Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung* der Universität Bielefeld als auch die sog. *Mitte-Studien* der Uni Bielefeld machen deutlich, dass rund ein Viertel der deutschen Bevölkerung rechtsextreme und rechtspopulistische Positionen befürwortet: Für die Jahre 2018/19 kommt die Studie „Verlorene Mitte – feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19“ zu dem Ergebnis: „33,1 % der Befragten aus dem Osten und 18,6 % derer aus dem Westen [vertreten] klar rechtspopulistische Einstellungen.“

Im Gegensatz zu verschiedenen Nachbarländern gab es bis 2013 in Deutschland keine Partei, die für rechtspopulistische Einstellungen ein Sammelbecken darstellte. Das hat sich mit der Gründung der *Alternative für Deutschland* (AfD) im Jahr 2013 grundlegend geändert. Die AfD ist aktuell in allen Landtagen sowie dem Bundestag und im EU-Parlament vertreten. Auch wenn die Partei bei den Europawahlen im Mai 2019 nicht so viele Stimmen gewonnen hat (11 %) wie zuvor befürchtet, muss dennoch von einer deutlichen Zunahme gesprochen werden. In Westdeutschland kann die AfD bislang nicht so hohe Zustimmung erzielen wie in Ostdeutschland.

Dennoch spielt sie auch hier eine zunehmend bedeutsame Rolle in der Politik und schlägt sich in immer aggressiveren gesellschaftlichen Diskursen auch hierzulande nieder. Die AfD gilt als eine rechtspopulistische Partei. Rechtspopulismus wird als eine Form von Politik verstanden, die autoritäre Vorstellungen sowie diskriminierende/rassistische Vorurteile nutzt und verstärkt. Vier Grundelemente sind dabei wesentlich:

1. Konstruktion einer WIR-Gruppe (der ‚kleine Mann‘ oder ‚das Volk‘) auf Grundlage rassistischer Vorurteile,
2. aggressive Abgrenzung gegenüber „den da oben“ und vermeintlich Anderen (Muslim*innen, Geflüchtete, Wohnungslose etc.)
3. Autoritarismus und der positive Bezug auf Führungsfiguren sowie
4. Bewegungspolitik, die Parteien und repräsentative Demokratie lediglich als ein Mittel zur Durchsetzung eigener Machansprüche versteht.

Als Feinbilder von Rechtspopulist*innen gelten Regierungen, demokratische Parteien oder Lobbyverbände (Aggression nach oben) sowie soziale, ethnisch oder religiöse Menschen wie Angehörige muslimischer und jüdischer Gemeinschaften, Geflüchtete und Asylsuchende, Wohnungslose, queere Personen etc. (Aggression nach außen). Soziale Missstände und Kriminalität erklären Rechtspopulist*innen mit rassistischen Feindbildern.

Es gibt deutliche ideologische Überschneidungen zwischen Rechtspopulist*innen und Rechtsextremen und Rechtspopulismus kann als eine politische Strategie verstanden werden, die sich durch inszenierte Tabubrüche, das Einfordern radikaler Problemlösungen und den Hang zu Verschwörungstheorien auszeichnet.

Rechtspopulist*innen grenzen sich gerne vom Rechtsextremismus ab, beispielsweise indem sie ihre Verfassungstreue betonen oder sich als „bürgerliche Mitte“ bezeichnen. Gleichzeitig jedoch werden in ihrer Agitation immer wieder Menschenrechte, Minderheitenschutz, Diskriminierungsverbote und Pressefreiheit infrage gestellt. Auch internationale Verträge wie z. B. die UN-Menschenrechtscharta sowie demokratische Institutionen und Prozesse werden in ihrer Legitimität angezweifelt. Nicht zuletzt die personellen Überschneidungen bzw. Bündnisse mit extrem rechten Akteur*innen machen deutlich, wie groß die ideologischen Schnittmengen zur extremen Rechten sind.

Völkisch-autoritärer Populismus

Neben der AfD haben sich in den vergangenen Jahren weitere (außerparlamentarische) Bewegungen gegründet. In diesem Kontext sind die ab Herbst 2014 aufkommenden *Pegida*-Demonstrationen, zunächst in Dresden, später in vielen weiteren bundesdeutschen Städten, zu nennen sowie die sog. *Identitären Bewegung Deutschland*. Es kann mittlerweile von einer neuen extrem rechten Protestkultur, die zunehmend von einer sozialen und organisatorischen Durchmischung vormals getrennt agierender Protestmilieus gekennzeichnet ist, gesprochen werden. Abgesehen von den ideologischen Schnittmengen der extrem Rechten und Rechtspopulist*innen werden auch Überschneidungen in den politischen Aktionen und entsprechenden Bündnissen deutlich. Einerseits gibt es immer noch die klassischen kahlrasierten Neonazis, wie die Demonstrationen in Chemnitz im Herbst 2018 zeigten.

Dem gegenüber präsentieren sich Vertreter*innen des Rechtspopulismus im Anzug und Kostüm, inszenieren sich als intellektuelles und bürgernahes Gegenbild. Aber die unheilvollen Bündnisse werden immer deutlicher und der Einfluss der völkisch-nationalen Vertreter*innen der AfD gegenüber gemäßigeren Parteigänger*innen wird immer größer, der sog. *Flügel* um Björn Höcke wird immer einflussreicher.

Die neuen Bündnisse, Aktionsformen und Politikstile haben zu Begriffsvermengungen und -unschärfen in der öffentlichen Debatte geführt. In der Forschung wird mittlerweile von einem „völkisch-autoritären Populismus“ gesprochen. Vor allem der AfD gelinge es, Teile des konservativen Bildungsbürgertums sowie nationalliberal gesinnte Personen anzusprechen, die beispielsweise durch extrem rechte Kameradschaften, Cliquen oder die NPD nicht erreicht werden konnten. Bereits seit 2015 leitet die AfD ihren völkisch-nationalistisch untermauerten Frontalangriff auf die deutsche

Einwanderungsgesellschaft ein. Dabei muss die AfD als ein parteipolitisches Dach einer milieuübergreifenden völkisch-autoritären Ideologie verstanden werden. Äußerungen wie die des Landesvorsitzenden der AfD von Rheinland Pfalz, Uwe Jung, machen dies deutlich: „Der Tag wird kommen, an dem wir alle Ignoranten, Unterstützer, Beschwichtiger, Befürworter und Aktivisten der Willkommenskultur im Namen der unschuldigen Opfer zur Rechenschaft ziehen werden!“ Rechtsaußen Björn Höcke äußerte sich bezüglich einer „neuen politische Führung“, die „aller Voraussicht nach Maßnahmen ergreifen müsse, die ihrem eigenen moralischen Empfinden zuwiderlaufen.“ Als eine solche Maßnahme sieht Höcke „ein großangelegtes Remigrationsprojekt an“, bei dem sich „menschliche Härten und unschöne Szenen nicht immer vermeiden lassen werden.“ Diese Äußerungen von Jung und Höcke können als Drohung gegenüber Geflüchteten, Migrant*innen und politischen Gegner*innen verstanden werden. Sie aktivieren Bilder im Kopf, die an den NS erinnern, ohne diesen Bezug selbst herzustellen und somit justiziabel zu sein. Aber diese Anspielungen werden von ihren Anhänger*innen verstanden und bejubelt.

Extrem rechte Gewalt

6

Extrem rechte und rassistisch motivierte Gewalt wurde in Deutschland vor allem in den 1990er Jahren als ein Jugendphänomen wahrgenommen. In der Tat waren häufig Jugendliche verantwortlich für Brandanschläge, Übergriffen und Morde, so z. B. die vier Täter, die das Haus der Familie Genç in Solingen anzündeten und zur Tatzeit zwischen 16 und 23 Jahre alt waren. Aber obwohl zahlreiche Gewalttaten von Jugendlichen oder jungen Erwachsenen (bis 27 Jahren) begangen wurden, so gibt es auch genügend Gegenbeispiele, z. B. *der Pogrom von Rostock-Lichtenhagen vom 22. bis 26. August 1992* gegen die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber (ZAst) und ein Wohnheim für ehemalige vietnamesische Vertragsarbeiter im sogenannten Sonnenblumenhaus. Zunächst bewarfen mehrere Hundert Neonazis die Häuser mit Steinen. Fenster gingen zu Bruch und erste Molotowcocktails landeten auf den Balkonen des Sonnenblumenhauses. Aber eine noch größere Menge von *Anwohner*innen* versammelte sich vor dem ZAst, johlte, applaudierte und griff bald selbst zu Steinen, um weitere Fenster einzuwerfen. Erste Autos brannten, Stunden später das Sonnenblumenhaus. Dass nach den Ereignissen rund um das Sonnenblumenhaus von einem *Pogrom* gesprochen wurde, erklärt sich nicht durch die teilweise jungen, gewaltbereiten Neonazis, sondern durch den Hass und die Gewalt ganz normaler (erwachsener) Menschen, der Nachbar*innen, die sich in diesen vier Tagen und Nächten von Rostock-Lichtenhagen als gewaltbereite Menschenverächter*innen gerierten. Dass niemand zu Tode kam, war Zufall, nicht Absicht.

Wenn heute von rechter oder rassistisch motivierter Gewalt gesprochen wird, werden kaum noch Jugendliche als Täter*innen benannt. Vielmehr wird von „Rechtsextremen“, „Rechtsradikalen“, „Demonstration der rechten Bürgerbewegung Pro Chemnitz“, „Teilnehmer der rechten Demonstrationen“ oder „Chaoten“ gesprochen, also ohne Hinweise auf das Alter der Täter*innen. Natürlich gibt es auch heute noch junge, kahlrasierte, gewalttätige Neonazis, aber der Fokus der Wahrnehmungen hat sich mit dem Aufkommen der AfD (2013) und den Kundgebungen von Pegida (ab 2014) und seinen lokalen Ablegern geändert. Die als „Wutbürger“ titulierten Demonstrant*innen, Unterstützer*innen und Wähler*innen von AfD und Pegida sind eben nicht in erster Linie Jugendliche oder junge Erwachsene, sondern kommen aus allen Altersgruppen. Die (diskursive) Gewalt, die beispielsweise von der AfD ausgeht, zeigt sich vor allem in ihren menschen- und demokratieverachtenden Aussagen, die den Nationalsozialismus und die Shoah verharmlosen, Geflüchtete per se als Sozialschmarotzer diffamieren, Muslim*innen diskreditieren, Frauen und queere Personen herabwürdigen, Politiker*innen und Medien bedrohen und attackieren etc. Dass rassistische und extrem rechte Gewalttäter*innen diese Diskurse als Legitimation für ihr Handeln ansehen, wird seit dem Mord an dem Kassler Regierungspräsidenten Walter Lübcke diskutiert und rückt endlich in das Bewusstsein auch der politisch Verantwortlichen.

Autorin:

Anne Broden leitete über 17 Jahre das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung Nordrhein-Westfalen (kurz IDA-NRW) mit den Schwerpunkten Rassismus- und Antisemitismuskritik, Migrationspädagogik und Rechtsextremismusprävention. Seit drei Jahren ist sie nun freiberufliche tätig mit „Bildung und Beratung in der Migrationsgesellschaft“.